

Zwischen Demokratie und Autoritarismus

Kamran Musayev promovierte als DAAD-Stipendiat an der Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Kamran Musayev

Zwischen Demokratie und Autoritarismus

Transformationsszenarien im Baltikum
und Südkaukasus

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51049-1 Print
ISBN 978-3-593-44101-6 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2019 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Gesetzt aus der Garamond
Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).
Printed in Germany

Inhalt

Dank	9
1 Einleitung	11
1.1 Forschungsstand.....	11
1.2 Aktualität und wissenschaftliche Relevanz des Themas	13
1.3 Methodisches Vorgehen.....	15
1.4 Kapitelüberblick.....	20
2 Theoretisch-analytische Grundlagen.....	23
2.1 Historischer Neoinstitutionalismus.....	23
2.2 Pfadabhängigkeit	27
2.3 Kontinuität und Wandel von Pfadabhängigkeit.....	31
2.4 Institutionenwandel und <i>Critical Junctures</i>	34
2.5 Modell zur vergleichenden Analyse von Systemwechseln und Staatsbildungsdynamiken	37
2.6 Die Phasen der Transformation.....	44
3 Die Liberalisierungsphase im Baltikum und im Südkaufkasus	47
3.1 Der politische Aufbruch und die »Ära der Klubs«	47
3.2 Die »singende Revolution« im Baltikum.....	52
3.2.1 Volksfrontbewegungen.....	57
3.2.2 Bürgerkomitees versus Interfronten.....	63
3.3 Wechsel der Prioritäten: Zuerst Unabhängigkeit, dann Demokratisierung.....	70

3.3.1 Parade der Souveränitäten	73
3.3.2 Der baltische Weg: Befreiung von der Geschichte	81
3.4 Die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Republiken	89
3.4.1 Tabubruch: Litauen fordert die sowjetische Staatlichkeit heraus...	90
3.4.2 Estland und Lettland – behutsam in die Unabhängigkeit	97
3.4.3 Doppelherrschaft im Kreml als Chance für die baltischen Staaten.....	100
3.4.4 Baltische Staaten: Wiederherstellung der Unabhängigkeit	104
3.5 Zusammenfassung.....	110
3.6 Matrjoschka-Nationalismus und die nationale Mobilisierung im Südcaukasus.....	111
3.7 Die »blutige Revolution« im Südcaukasus.....	115
3.7.1 Regimeöffnung in Georgien.....	115
3.7.2 Die Radikalisierung der nationalen Bewegung in Georgien nach den April-Ereignissen	123
3.7.3 Die institutionelle Weichenstellung in Armenien	132
3.7.4 <i>History War</i> zwischen Armenien und Aserbaidschan	135
3.7.5 Berg-Karabach als Katalysator der nationalen Mobilisierung	137
3.7.6 Strategiewechsel in Armenien: Erst die Unabhängigkeit.....	141
3.7.7 Der politische Aufbruch in Aserbaidschan	147
3.7.8 Die Meydan-Bewegung als Geburtsstunde der aserbaidschanischen Volksfront	148
3.7.9 Die »zurückgestellte« Demokratisierung Aserbaidschans.....	157
3.8 Die Unabhängigkeitserlangung der südkaukasischen Republiken.....	178
3.8.1 Bürgerkrieg in Georgien	178
3.8.2 Unabhängigkeitserklärung in Armenien	183
3.8.3 Die Wiederherstellung der Staatlichkeit in Aserbaidschan.....	187
4 Staatenbildungsdynamiken im Baltikum und im Südcaukasus.....	197
4.1 Politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit.....	197

4.2 Reproduktion von Institutionen und Verfassungsgebung	198
4.2.1 Der russische Truppenabzug aus dem Baltikum.....	199
4.2.2 Estland: Eine neue Verfassung mit Bezug auf die eigene Geschichte	203
4.2.3 Demokratisierungsprozesse und Verfassungskompromiss in Litauen	206
4.2.4 Die wiedereingesetzte Verfassung von 1922 und die institutionelle Entwicklung in Lettland	209
4.2.5 Die Exil-Balten als »demokratischer Motor	214
4.3 Zusammenfassung.....	220
4.4 Die gescheiterte Demokratisierung in Georgien.....	222
4.4.1 Neuanfang mit alten Eliten	222
4.4.2 Autoritäre Stabilisierung in Georgien.....	227
4.5 Die Reautoritarisierung Aserbaidschans.....	232
4.5.1 Chaotischer Machtkampf in Baku	232
4.5.2 Gescheitertes Demokratisierungsexperiment in Aserbaidschan.....	237
4.5.3 Militärputsch und Rückkehr des Patriarchen	245
4.5.4 Erdölverträge als Durchbruch aus der regionalen Isolation	251
4.6 Renaissance des Autoritarismus in Armenien	258
4.6.1 Politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit	258
4.6.2 Schleichende Autokratisierung Armeniens	267
4.6.3 Palastrevolte und Machtergreifung durch den Karabach-Clan	275
4.7 Zusammenfassung.....	284
5 Konsolidierte Demokratien versus hybride Regime: Baltikum und Südkaukasus im Vergleich	289
5.1 Institutionelle Konsolidierung und Verfassungsprinzipien im Baltikum	289
5.2 Superpräsidentialismus im Südkaukasus.....	290
5.3 Präsidentialismus versus Parlamentarismus	291

5.4 Demokratische versus hybride Regime	298
5.4.1 Herrschaftslegitimation im Baltikum	300
5.4.2 Herrschaftslegitimation im Südkaukasus	324
5.4.3 Herrschaftsausübung im	351
5.4.4 Herrschaftsausübung im Südkaukasus	359
5.4.5 Herrschaftsstrukturen im Baltikum	377
5.4.6 Herrschaftsstrukturen im Südkaukasus	386
5.4.7 Herrschaftsumfang im Baltikum	396
5.4.8 Herrschaftsumfang im Südkaukasus	411
6 Geografie, Geopolitik und interne Verfasstheit im Baltikum und im Südkaukasus	423
6.1 Theoretische Konzepte: Internationale Einflüsse auf Demokratisierungsprozesse	423
6.2 Baltikum und Russland	427
6.3 Die Westbindung der baltischen Staaten	432
6.4 Außenpolitik der Südkaukasus-Staaten im regionalen Kontext	438
6.4.1 Südkaukasus und Russland (GUS)	438
6.4.2 Südkaukasus und die Türkei	449
6.4.3 Südkaukasus und Iran	451
6.4.4 Integration des Südkaukasus in die euro-atlantischen Strukturen	453
7 Resümee	459
Abbildungen	465
Interviews	466
Abkürzungen	467
Periodika, Zeitungen, Zeitschriften, Studien	471
Literatur	473

Dank

Das vorliegende Buch ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung meiner Dissertationsschrift, die ich an der Katholischen Universität Eichstätt-Inngolstadt eingereicht und im Mai 2018 verteidigt habe. Zuallererst möchte ich mich bei dem Deutschen Akademischen Austauschdienst für die Gewährung eines Promotionsstipendiums sowie bei dem Johannes-Rau-Stipendium für ein Abschlussstipendium bedanken; beides ermöglichte mir die Anfertigung meiner Dissertation. Mein herzlicher Dank gilt vor allem meinem Doktorvater an der KU Eichstätt, Herrn Prof. Dr. Leonid Luks, der mich während der gesamten Promotionszeit tatkräftig unterstützte, stets förderte, vertrauensvoll und wertschätzend begleitete und mir bei Themenstellung und Verfassen genügend Freiraum gab. Ebenso herzlich richtet sich mein Dank an Herrn Prof. Dr. Klaus Schubert, der als Zweitbetreuer wichtige Anregungen für die politischen Betrachtungen meiner interdisziplinär angelegten Arbeit gab. Danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. phil. Friedbert W. Rüb, der mir in verschiedenen Phasen meiner Arbeit wertvolle Hinweise theoretischer und konzeptioneller Art gab. Des Weiteren möchte ich meinen besonderen Dank Herrn Prof. Dr. Thomas Poguntke aussprechen, der mir ermöglichte, am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ein Forschungsjahr zu verbringen. Besonders bedanke ich mich bei meinen Freunden Rail und Zaur, die bereitwillig ihr Wissen mit mir teilten, sich die Zeit für ausführliche Diskussionen nahmen und mich in den zähen Phasen der Dissertation ermutigten. Anerkennung gebührt auch Jürgen Volk, der mir bei der Korrektur der Arbeit und bei der Erledigung der stilistischen und orthografischen Probleme zur Seite stand. Schließlich danke ich herzlichst Miryam Schellbach und Barbara Stüdemann vom Campus Verlag für eine sehr gute Zusammenarbeit.

Mein inniger Dank gilt meinen Eltern, meiner Liebe und meiner Tochter, denen dieses Buch gewidmet ist. Meinen Eltern danke ich für ihre Zuneigung, moralische Unterstützung und Geduld. Bei meiner lieben Frau möchte ich mich bedanken, weil sie alle Höhen und Tiefen der Dissertation mit mir durchlebte. Meiner Tochter bin ich dankbar dafür, dass sie geduldig auf Papa gewartet hat und erst neun Tage nach meiner Disputation auf die Welt kam.

1 Einleitung

1.1 Forschungsstand

Die nach dem Zerfall der Sowjetunion allerorten wahrnehmbare Euphorie, die das »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) ausgelöst hatte und die mit der Hoffnung auf Demokratisierung der postsozialistischen autoritären Regime verbunden war, ist heute, knapp drei Dekaden später, in der vergleichenden sozialwissenschaftlichen Forschung verschwunden und einer Ernüchterung gewichen. Trotz des erhofften globalen Siegeszugs der Demokratie blieben die Transformationsprozesse in einigen Regionen auf der Strecke und führten zu einer Reautoritarisierung der politischen Regime.

Die Transformationsforschung fokussierte sich nach der Wende in ihren Studien überwiegend auf die Erfolgsgeschichten in Mittelosteuropa. Trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen sind die Demokratisierungsprozesse in den meisten ehemals sowjetischen bzw. jugoslawischen Republiken jedoch gescheitert. Abgesehen von Russland wurden die Ursachen dieser gescheiterten Transformationen in den besagten Regionen kaum wissenschaftlich aufgearbeitet. Im postsowjetischen Raum vollzog sich der Transformationsprozess unterschiedlich. Die Demokratie hat sich unterdessen nur in wenigen Staaten etabliert, einige erleben sogar eine Renaissance der autoritären Regime, eine dritte Gruppe schwebt in einer Grauzone zwischen Demokratie und Autoritarismus.

Die vorliegende Dissertation ist eine empirische und vergleichende Studie über die unterschiedlichen Transformationsszenarien im postsowjetischen Raum. Dabei werden zwei Regionen in den Mittelpunkt gerückt, die sich nach 1991 völlig unterschiedlich entwickelt haben: das Baltikum und der Südkarabas, wobei versucht wird, die Gründe für die unterschiedlichen Entwicklungen in diesen Regionen zu erarbeiten. In der Studie werden durch vergleichende Methoden die empirische Plausibilität von kausalen Zusammenhängen bzw. Hypothesen hinsichtlich unterschiedli-

cher Entwicklungsdynamiken, konstitutioneller Strukturen und etablierter Regierungssysteme analysiert.

Es wird hierbei also auf zwei periphere Regionen Bezug genommen, die bisher von der komparativen Systemtransformationsforschung nur am Rande berücksichtigt worden sind. Warum gerade diese Regionen? Oft sind es die Geografie und die Geschichte, welche die internationale Identität einer Region ausmachen. Somit liegt die erste Besonderheit darin begründet, dass sowohl die baltischen als auch die südkaukasischen Staaten durch ihren damaligen Peripheriestatus als Grenzstaaten des russischen bzw. sowjetischen Imperiums ein gemeinsames Kennzeichen aufweisen. Das historische Trauma, das die koloniale Präsenz Russlands hinterlassen hat, wie auch ihre Verletzbarkeit angesichts der politischen und wirtschaftlichen Macht Russlands, haben die baltischen und südkaukasischen Nationen dazu veranlasst, sich füreinander zu interessieren. Das Baltikum und der Südkaukasus sind zwei geografisch getrennte, aber geschichtlich verbundene Regionen. Zunächst wäre zu vermuten, dass zwischen diesen Regionen, mit ihrer jeweils relativ bescheidenen Größe, die an der süd- bzw. nordöstlichen Grenze Europas und damit relativ weit voneinander entfernt liegen, geschichtlich gesehen wenige Verknüpfungspunkte vorhanden sind. Paradoxe Weise ist das nicht der Fall, sogar das Gegenteil lässt sich sagen, denn schon relativ lange bestehen besondere Beziehungen zwischen diesen Regionen.

Von Beginn des 19. Jahrhunderts bis ins Jahr 1918 hinein gehörten beide Regionen zum Zarenreich. Nach den ersten Unabhängigkeitserklärungen der einzelnen Staaten setzte sich die Zusammenarbeit weiter fort. Die baltischen Staaten wurden 1920 international anerkannt und traten dem Völkerbund bei. Eine militärische Intervention der Sowjets scheiterte 1919 in den baltischen Ländern. Im Südkaukasus (1920–1921) hingegen waren die Militäreinsätze erfolgreich, weshalb die Länder des Südkaukasus nicht den gleichen Status im Völkerbund erlangen konnten wie die baltischen Staaten. Die wichtigsten Gründe für die unterschiedlichen politischen Verläufe im Baltikum und im Südkaukasus sind in der Geschichte, in der gesetzlichen Lage und in der nationalen Situation der betreffenden Länder zu suchen. Als die Sowjetunion 1940 die baltischen Staaten besetzte, nachdem das sowjetische Russland sie 1920 als souveräne Staaten anerkannt hatte, wurde dieses Vorgehen von der internationalen Gemeinschaft folglich als eine Aggression und unrechtmäßige Annexion angesehen, was im Südkaukasus nicht der Fall war. Nach dieser Okkupation der

baltischen Länder durch die Sowjetunion lebten die Völker beider Regionen bis zum Zusammenbruch des Regimes unter einem politischen Dach. Erst seit dem Zusammenbruch werden die baltischen Staaten als postsowjetische Ausnahmefälle bezeichnet. Sie bilden eine besondere Gruppe unter den postkommunistischen Staaten: Sie verfügten als sowjetische Teilrepubliken über keine eigene Staatlichkeit, sind aber zusammen mit fünf weiteren Ostblockstaaten als einzige postsowjetische Republiken Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der NATO geworden (Reetz 2008: 229f). Was den Südkaukasus anbelangt, ist der Demokratisierungsprozess mit dem Ausbruch der territorialen Konflikte (vorerst) gescheitert.

1.2 Aktualität und wissenschaftliche Relevanz des Themas

Der Südkaukasus kann als Synonym für den Krieg infolge der Sezessionsbestrebungen begriffen werden, die sich in den chaotischen politischen Entwicklungen der 1990er Jahre manifestierten und in autoritäre Herrschaftstendenzen, in Bürgerkrieg sowie übermäßige bis maßlose Korruption mündeten. Als Gegenbeispiel hierzu gelten alle drei baltischen Republiken, die, abgesehen von einer exklusiven Minderheitenpolitik, zu den etablierten Demokratien mit funktionierenden staatlichen Strukturen gezählt werden.

Auf den ersten Blick war die Ausgangssituation des Südkaukasus für den *Nation-Building*-Prozess, der für viele Transformationsforscher zu den zentralen Voraussetzungen eines erfolgreichen Systemwechsels zählt, wesentlich günstiger als diejenige des Baltikums. Während der Sowjetherrschaft schützten sich alle drei südkaukasischen Staaten gegen die Einmischungen des Zentrums (Moskau) (vgl. Christophe 2002: 1217–1234). Es gelang hierbei, anders als im Baltikum, die eigenen Nationalsprachen auf Verfassungsebene verankern zu lassen. Einzig die Verfassungen (1978) der drei südkaukasischen Republiken bekamen innerhalb der gesamten Sowjetunion die Freiheit zugesprochen, dass die jeweilige Sprache auf dem Territorium der jeweiligen Republik als Staatssprache gilt. Beide peripheren Regionen bildeten später, dem Vorbild der Solidarność-Bewegung in Polen folgend, Massenmobilisierungsorganisationen, d.h. Volksfronten. Obwohl sich die Gründungsidee der Volksfront sowie deren Umsetzung zunächst im Baltikum vollzog, übertrafen die Ereignisse in den südkaukasischen

Republiken, hinsichtlich ihrer Dauer und ihrer Ausmaße, die Entwicklungen im Baltikum (Auch 2009: 36).

Innerhalb dieses Prozesses besaßen aber auch die baltischen Republiken einige Vorteile gegenüber dem Südkaukasus. Die moderne Staatlichkeit aus der Zwischenkriegszeit erwies sich als entscheidender Vorteil der Balten beim *State-Building*-Prozess. Sie griffen somit beim Aufbau der Institutionen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit zurück. Die schwach ausgeprägte Institutionalisierung und die Kurzlebigkeit der ersten Republiken ermöglichen es den südkaukasischen Staaten nicht, sich auf eine eigene, positiv besetzte Vergangenheit zu beziehen, die als Orientierungshilfe zur Neueinrichtung der Institutionen und zum Ausbau der Verfassungsgebung hätte dienen können (vgl. Rüb 1996: 126). Außerdem gehörten die im Westen sozialisierten und ausgebildeten Exil-Balten zum wichtigsten Elitenfaktor während des Aufbaus der Demokratie. Dieses Phänomen und seine Wirkung blieben im Südkaukasus aus und führten später dazu, dass die (post-)sowjetischen Parteikader, die bereits während der Sowjetunion regierten, erneut an die Macht kamen. Die meisten Politiker, und auch die Vertreter der Zivilgesellschaft, kamen in den 1990er Jahren im Kaukasus gewöhnlich aus der kommunistischen Nomenklatura, die nicht willens war, den demokratischen Verfahrenskonsens zu akzeptieren (vgl. Maćkow 1999: 1369ff.).

Die vergleichende Regimeforschung im postsowjetischen Raum wurde von westlichen Transformationsforschern nur bedingt in den Blick genommen. Christophs Artikel gehört zu den wenigen Studien, in denen impliziert Transformationsabläufe im Baltikum und Südkaukasus miteinander verglichen werden. Am Beispiel Litauens und Georgiens versucht die Autorin, durch die Analyse der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten die unterschiedlichen Entwicklungsszenarien zu rekonstruieren. Im Zentrum ihrer These steht das Konzept »Nation(-alismus) als Ressource«, was in Zeiten des politischen Wandels sowohl zur Modernisierung einer Gesellschaft als auch zur Reproduktion der autoritären Verhältnisse dienen kann. Während die Litauer bei der Konstruktion der nationalen Identität kritisch mit der Vergangenheit umgingen und die Defizite der eigenen Geschichte aufarbeiteten, blieben die Georgier »der Tradition einer ungebrochenen Glorifizierung der Vergangenheit verpflichtet« (Christophe 2002: 1217ff.).

Weiter stellt die vorliegende Arbeit auch die von der Transformationsforschung vernachlässigten Kategorien *Staatlichkeit* und *Konflikt* bzw. *Krieg*

ins Zentrum der Betrachtung. Dabei ist die Drei-Elemente-Konzeption Jellineks – die Integrität von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt – von großer Bedeutung (Merkel 2007: 428ff.). In Bezug auf die untersuchten Regionen lassen sich zwei unterschiedliche Modi der Transformationsprozesse feststellen. Während der Systemwechsel in den baltischen Staaten friedlich abließ, wurden die südkaukasischen Republiken durch Sezessionsbestrebungen bzw. Krieg erschüttert. Im Südkaukasus, wo die Jellinek'sche Trinität eines funktionierenden Staatswesens durch die Konflikte verletzt wurde, führte dies zu einer Reautoritarisierung der politischen Regime. Die funktionierende Staatlichkeit ist für den Aufbau der Demokratie unentbehrlich: »Without a state, there can be no citizenship; without citizenship there can be no democracy« (Linz/Stepan 1996: 28). Hierbei wird der Einfluss des Konflikts in den südkaukasischen Staaten auf Aspekte wie die nationalen Bewegungen und die Neueinrichtung der staatlichen Institutionen innerhalb des Transformationsablaufes hin analysiert und in eine Dimension der Zeitlichkeit bzw. in verschiedene Etappen eingeteilt.

Ein weiterer Aspekt, der in der vorliegenden Arbeit zur Untersuchung der divergierenden Demokratisierungsprozesse hinzugezogen wird, sind die von der Demokratieforschung unterschätzten Merkmale wie die geografische Lage und die geopolitische Konstellation der beiden Regionen. Je demokratischer die Nachbarstaaten und die Regionalmächte sind, desto größer sind die Chancen, einen Staat zu demokratisieren (Gleditsch 2000: 35). Die demokratischen Großstaaten haben ein Interesse an der Errichtung von Demokratien in ihrer Nachbarschaft, um die eigene unmittelbare Umgebung zu stabilisieren. Die autoritären Regime sehen dagegen kleine Demokratieinseln in ihrer Nachbarschaft als Bedrohung für die eigene autoritäre Herrschaft an. Und in den Regionen, in welchen der Kampf um die regionale Vorherrschaft noch nicht beendet wurde, ist es schwer, Stabilität und Frieden zu schaffen.

1.3 Methodisches Vorgehen

Gegenstand dieser Arbeit sind die Ursachen der divergierenden Transformationsverläufe im Baltikum und Südkaukasus in einem Zeitraum von ca. 30 Jahren – von der Perestroika bis zu den politischen Entwicklungen im Jahre 2018. Zu Beginn werden daher die Thesen und Erklärungsansätze

für die unterschiedlichen Entwicklungsszenarien in beiden Regionen bei ähnlichen Strukturen, Voraussetzungen und Ausgangssituationen herausgearbeitet. Methodisch betrachtet ist der Vergleich ein zentrales, aber auch konstitutives Element der vorliegenden Arbeit. Dabei wird auf die *komparative* Methode (Lijphart 1971) der Vergleichenden Politikwissenschaften zurückgegriffen, indem der synchrone interregionale Vergleich der Mehrländerfallstudie aufgegriffen wird. Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen politischen Phänomene festzustellen und kausale Zusammenhänge zu erkennen, zählt die vergleichende Methode innerhalb der Forschung zu den ausgewiesenen Herangehensweisen der Politikwissenschaft (Prittwitz 2007: 13; Munro 2009: 113ff.).

Die komparative Methode ermöglicht es, das Erkenntnisziel durch eine systematische und komparative Untersuchung empirischer Phänomene (Fälle) offenzulegen und die entscheidenden Variablen zu kontrollieren. Die Fälle selbst bilden eine der zentralen Einheiten des Vergleichs, die in sich räumlich und zeitlich abgegrenzt sind. Um eine komparative Studie besser zu strukturieren, wird auf die Verwendung von Variablen zurückgegriffen. Diese Variablen helfen, die Komplexität des Forschungsgegenstandes mit einem reduktionistischen Ansatz zu erfassen (Lauth u.a. 2015: 19–32; Landman 2000). Im Fall einer kausalen Analyse erlauben hierbei vier Gruppen von Variablen, die untersuchungsrelevanten Faktoren zu bestimmen: Die *vorgängigen* Variablen identifizieren die historisch-kulturellen Einflüsse für die gegenwärtigen Entscheidungen, die wiederum eine Wirkung auf die Zukunft haben (Rüb 2001: 71). Die *abhängigen* Variablen (Demokratie, hybride Regime) bezeichnen das zu erklärende Phänomen (Explanandum). Die *unabhängigen* Variablen sind die Faktoren, die zur Erklärung der vermuteten Ursachen des Phänomens herangezogen werden. Die *intervenierenden* Variablen erfassen die Randbedingungen, die eine ermittelnde Drittfunction zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen erfüllen (vgl. Linz/Stepan 1996). Sie sind zwischengeschaltete Variablen, die oftmals in der Forschung vernachlässigt werden, obwohl ihr Anteil für die Komparatistik nicht zu unterschätzen ist (Berg-Schlosser 2003: 109). In der vergleichenden Arbeit lassen sich die Untersuchungsformen vor allem anhand zweier Kriterien unterscheiden: der Anzahl der in die Studie einbezogenen *Variablen* und der Anzahl der berücksichtigten *Fälle* (Aarebrot/Bakka 2003: 58f.). Aus diesen zwei methodischen Untersuchungskriterien heraus werden in Anlehnung an Lijphart (1971) drei in den Sozialwissenschaften relevante Vergleichsmethoden entwickelt: die Einzelfallstu-

die, die statistische und die komparative Methode. Nach Anzahl der *Variablen* und *Fälle* entstehen die Unterschiede zwischen den Vergleichsmethoden: Die *Einzelfallstudie (case study)*, wie es die Definition bereits impliziert, untersucht bei einer hohen Anzahl an Variablen nur einen Fall allein. Ihr Vorteil liegt in einer detaillierten Analyse des Forschungsgegenstandes begründet. Durch die Rekonstruktion der Zusammenhänge können die möglichen Ursachen des Falls herausgefunden werden.

In der *statistischen* Methode wird eine große Anzahl von Fällen in Kombination mit einer geringeren Variablenzahl eingesetzt (Muno 2009: 113f.). Quantitative Analysen beziehen aus einer großen Zahl an Fällen ihre Ergebnisse über generalisierbare Kausalbeziehungen und sind vorteilhaft bezüglich eines hohen Maßes an Verallgemeinerbarkeit, wobei jedoch die daraus resultierende schwache theoretische Tiefenschärfe zu berücksichtigen ist (Lauth u.a. 2015: 49f.; Lauth/Winkler 2010: 54f.).

Bei der *komparativen* Methode wird eine mittelgroße Anzahl an Variablen und Fällen zur Untersuchung herangezogen. Zur Erklärung der divergierenden Transformationsszenarien im Baltikum und im Südkaukasus wird die komparative Methode verwendet, die über ein klares, kontrolliertes Forschungsdesign verfügt. Sie versucht, die Variablen so zu kontrollieren, dass einzelne Kausalbeziehungen voneinander getrennt und analysiert werden können. Um die ähnlichen und doch sehr unterschiedlichen Fälle miteinzuschließen, wurden von Przeworski und Teune zwei Arten an Forschungsdesigns, das *most similar cases design* (MSCD) und das *most dissimilar case design* (MDCD), entwickelt (vgl. Przeworski/Teune 1970: 32ff.). Sie gehen auf die von John Stuart Mill (1843) in seinem grundlegenden Werk *A System of Logic* erarbeitete Differenz- und Konkordanzmethode zurück (Rohlfing 2009: 134f.).

Bei der Differenzmethode variiert, genauso wie beim MSCD, die abhängige Variable bei sehr ähnlichen Fällen. Dagegen ähneln in der Konkordanzmethode die abhängigen Variablen bei unterschiedlichen Fällen, was dem MDCD entspricht (George/Bennett 2005: 165). Trotz vieler Ähnlichkeiten unterscheiden sich die von Przeworski und Teune sowie Mill entwickelten Methoden durch unterschiedliche Akzentuierungen und Prioritätensetzungen. Während Mills Differenz- und Konkordanzmethode ein Analyseverfahren des Vergleichens darstellt, dienen *most similar* und *most different systems design* dem analytisch effizienten Fallauswahlverfahren. Dabei können neue Forschungsdesigns wie etwa *similar system with different outcome*

(SS-DO) oder *different systems with similar outcome* (DS-SO) kreiert werden (Jahn 2013: 239f.).

Das *most similar systems design* stellt die komparative Methode schlechthin dar, weil sich die Fallauswahl hier als ein wesentliches Kriterium erweist. Die vergleichende Methode wird bezeichnet als »method of testing hypothesized empirical relationships among variables on the basis of the same logic that guides the statistical method, but in which the cases are selected in such a way as to maximize the variance of the independent variables and to minimize the variance of the control variables« (Lijphart 1975: 164). Entscheidend für die Fallauswahl ist die Konstellation der unabhängigen und abhängigen Variablen.

Dennoch orientiert sich die vergleichende Studie (Baltikum versus Südkaukasus), was die Auswahl der Fälle angeht, an der Analysemethode Mills. Bezogen auf die Differenzmethode werden in der vorliegenden Arbeit ähnliche unabhängige Variablen und stark variierende abhängige Variablen (Demokratie, Autoritarismus) analysiert. Das Forschungsdesign der ähnlichen Fälle mit unterschiedlichen Resultaten (*similar systems with different outcomes*) ist jedoch eine grundsätzliche Ausrichtung der unterschiedlichen Transformationsabläufe in den beiden zu erforschenden Regionen. Zur Erklärung der unterschiedlichen abhängigen Variablen werden die unabhängigen Variablen herangezogen. Außerdem sollen die unabhängigen Variablen, die als Ursache für das Phänomen (abhängige Variable) angesehen werden, relativ ähnlich, aber nicht identisch gehalten werden (Przeworski/Teune 1970: 38; Lijphart 1975: 159). Im Rahmen der Differenzmethode sollen die abhängigen Variablen (Ergebnis – Demokratie versus Autoritarismus) benannt, unabhängige Variablen (Ursachen) identifiziert und die Fälle (zwei Regionen – Baltikum und Südkaukasus) ausgewählt werden.

Da die Untersuchung mehrere, ungefähr 30 Jahre andauernde Transformationsprozesse umfasst, wird darüber hinaus auch die Methode des *process tracing* (Prozessanalyse – vgl. Schimmelpfennig 2006) zur Erklärung der in unterschiedlichen Zeitdimensionen stattfindenden Prozesse herangezogen (George/Bennett 2005: 205f.). Der Vorteil dieser Methode liegt darin, dass sie es ermöglicht, die Verbindungen zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen mithilfe einer Kausalkette bzw. durch kausale Sequenzen zu rekonstruieren und zu identifizieren. Außerdem können zeitlich weit auseinanderliegende Ereignisse aufeinander bezogen werden (Pierson 2004). Der Schwerpunkt beim *process tracing* liegt in der histori-

schen Dimension. Die politischen Prozesse werden in Etappen eingeteilt und in ihrer Genese kontextualisiert. Der Etappenschritt erleichtert die Überprüfung komplexer, zu analysierender Kausalzusammenhänge und aus der Theorie hergeleiteter Hypothesen durch eine Aufspaltung in eine Reihe von kleineren kausalen Analyseeinheiten (Jahn 2013: 336).

Die für eine vergleichende Analyse zwischen Baltikum und Südkaufasus notwendigen Informationen wurden durch die Auswertung von unter anderem Periodika, Zeitungsartikeln, Dokumenten, Zeitschriften, Interviews und wissenschaftlichen Studien gewonnen. Die empirische Basis wurde nicht nur aus der Sekundärliteratur, sondern vorwiegend aus Primärquellen, Archivdokumenten und Materialerhebungen in den untersuchten Ländern generiert.

Das Ziel der Arbeit ist es, die Perspektive der politischen Prozesse »von unten« zu zeigen. Dabei sollte die verstreut zugängliche Literatur nicht zusammengeführt, sondern mithilfe eines analytischen Modells systematisiert und verglichen werden. Es wurden die bis dato von der Osteuropa-forschung stiefmütterlich behandelten regionalen Zeitungs- und Zeitschriftenquellen in die vorliegende Arbeit integriert, ebenso die Forschungsarbeit zeitgenössischer regionaler Autoren. In der Aserbaidschan-forschung zum Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre wurden aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse bei den Forschern ausschließlich die zentralen russischen Medien berücksichtigt. Die vorliegende Arbeit soll auch hier zur Schließung dieser Lücke beitragen, indem neue nichtrussisch-sprachige Quellen erschlossen werden. Hierfür wurden Interviews mit regionalen politischen Akteuren geführt und Interviews in lokalen und regionalen Medien analysiert.

Aufgrund der Aktualität des Untersuchungsgegenstands konnten auch mündliche Quellen und Zeugen einbezogen werden. Die Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft und damaligen politischen Entscheidungsträgern halfen, die kausalen Zusammenhänge der Ereignisse herzustellen. Darüber hinaus wurden die Beobachtungen und Erfahrungen bei internationalen Konferenzen, in Seminaren, Workshops und Forschungsinstituten, bei Lehrtätigkeiten und bei forschungsbedingten Aufenthalten im Baltikum und Südkaufasus in die Arbeit integriert. Die Schreibung russischer, aserbaidschanischer, georgischer, armenischer, lettischer, litauischer und estnischer Namen, von Fachausrücken und Abkürzungen folgt den Regeln der wissenschaftlichen Transkription. In einigen Fällen wird in

die deutsche Schreibweise eingebürgerte Form verwendet (»Gorbatschow« statt »Gorbačev« usw.).

1.4 Kapitelüberblick

Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Transformationsszenarien im Baltikum und im Südkaukasus zu verdeutlichen, ist es notwendig, zunächst auf die theoretischen Grundlagen einzugehen. In dem der Einleitung nachfolgenden Kapitel 2 werden der theoretische Rahmen der Arbeit und die wichtigsten Variablen definiert. Ferner werden in diesem Kapitel theoretische Erklärungsansätze für den bei ähnlicher Ausgangssituation unterschiedlich verlaufenden Systemwechselablauf in beiden Regionen entwickelt. Dabei wird auf die Erkenntnisse des historischen (Neo-)Institutionalismus zurückgegriffen. Im Rahmen des historischen Institutionalismus wird sich mit den Konzepten der Pfadabhängigkeit und der *critical junctures* näher und tiefergehend auseinandergesetzt. Der historische Institutionalismus deckt die empirischen Anforderungen weitgehend ab und wird daher in den theoretischen Analyserahmen integriert. Er analysiert die Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Akteuren und den Institutionen und nimmt eine historische Perspektive ein. Die Historizität wird dabei ins Zentrum der Forschung gerückt. Dies ermöglicht, die vergleichenden politischen Phänomene im größeren historischen Kontext besser zu erklären. Bei der Erklärung der politischen Wandelprozesse wird der Zeitdimension eine besondere Bedeutung beigemessen (Pierson 2004: 2). Das Konzept der Pfadabhängigkeit gehört zu den wichtigsten Merkmalen des historischen Institutionalismus, denn es verbindet die unterschiedlichen multi-kausalen Wirkungszusammenhänge miteinander (Mahoney 2000). Eine neue Pfadentwicklung wird nach einem *critical juncture* eingeschlagen. Die institutionelle Weichenstellung (*critical juncture*) wird als ein historisches Zeitfenster gesehen, das einen Übergang vom autoritären Regime zur Demokratie ermöglichen könnte, aber nicht zwingend muss (Capoccia/Kelemen 2007). Wenn der historische Institutionalismus den Untersuchungsgegenstand in allgemeiner Form zu strukturieren bzw. zu prägen und bestimmte Zusammenhänge in den Fokus unserer Forschung zu rücken hilft, wird durch das Heranziehen der Variablen versucht, kausale Zusammenhänge bezüglich der Ursachen und Wirkungen bestimmter